

5 nach 12?

Nach dem erzwungenen Ende der Zwei-Staaten-Vision

von Reiner Bernstein (München)*

Israels Politik gegenüber den Palästinensern verhindert von Grund auf eine relevante Zweistaatenlösung. UN-Resolutionen, das Nahost-Quartett, hochrangig angelegte Konferenzen, die „Clinton-Parameter“ vom Dezember 2000, die Arabische Friedensinitiative von 2002 und die palästinensisch-israelische Genfer Initiative in ihrer erweiterten Fassung vom Herbst 2009 wollten die Regierung auf das Ziel doppelter nationaler Souveränität festlegen, verfiel sich jedoch in der Logik des um ethnische Homogenität ringenden Nationalstaates im europäischen 19. Jahrhundert, die auf den Nahen Osten nicht zu übertragen ist.

Das Kabinett Benjamin Netanyahus hat nicht vor, einen Beitrag zur substantiellen Entspannung zu leisten. Denn er gehört zu denen, für die aus ideologischer Überzeugung der Staat Israel keine Wände hat, um den Autor und Kolumnisten Sefi Rachlevsky zu zitieren. Die westlichen Hauptstädte vertrauen auf Zusagen, die die israelische Politik nicht einzuhalten gewillt ist oder die von der Siedlerlobby mit ihren Verzweigungen in der Knesset, in den Ministerien und in den Führungsetagen des Militärs regelmäßig zunichte gemacht werden. Gleichzeitig entzieht sich die Autonomiebehörde in Ramallah mit erstaunlichem Selbstbewusstsein der Neuaufgabe eines Prozesses ohne Frieden. Stattdessen konzentriert sie ihre Energien auf die vorstaatliche Infrastruktur, womit die Welt ab Herbst 2011 gezwungen werden soll, politisch Farbe zu bekennen. Ob diese Rechnung aufgeht, ist jedoch zweifelhaft. Da bis zum Ende des neunmonatigen Siedlungsstopps am 25. September keine definitiven Ergebnisse zu erwarten sind, dürfte Netanyahu versucht sein,

* Eine geringfügig kürzere Fassung, in der der Zusatz mit der Fußnote entfällt, und ohne die Unterzeile der Hauptüberschrift hat die „Jüdische Zeitung“ August 2010, S. 5, veröffentlicht.

Barack Obama bei den Zwischenwahlen zum US-Kongress Anfang November mit Hilfe der republikanischen Opposition in die Schranken zu weisen, obwohl die Wahlentscheidung wenig mit dem Nahostkonflikt zu tun haben wird. Ein geschwächter US-Präsident liegt in Netanyahus Interesse.

Für wen arbeitet die Zeit?

Doch selbst wenn sich Israel über Nacht aus den palästinensischen Gebieten zurückziehen würde, käme die Staatsgründung für die Autonomiebehörde zu früh. Denn abgesehen von dringenden Korrekturen in der Rechtsprechung und in der Verwaltung, gehören zu den Voraussetzungen Palästinas ein handlungsfähiges Parlament, die Zähmung der Repressionsapparate in Gestalt der Zusammenarbeit der eigenen Sicherheitsdiensten mit dem israelischen Militär, die Überwindung von Klientelismus und Korruption sowie die Einhegung des politischen Islam. Israel seinerseits dürfte weltweit anhaltende Sympathieverluste, die längst auch die amerikanischen Juden erfasst haben, unbeschädigt kaum durchstehen. Die Zeit arbeitet also gegen Palästinenser und Israelis gleichermaßen.

Was für die Zweistaatenlösung gilt, trifft auch für die Agenda des unitarischen Staates für Juden und Araber zu: Sie wollte sich über die Angst vor dem „demographischen Faktor“ und die Vorstellung hinwegsetzen, dass beide Völker nicht zusammenleben können. An die Stelle dieses Vorurteils wächst, wenn auch zögerlich, unter Einschluss religiöser Beteiligungen auf beiden Seiten die Bereitschaft für Alternativen jenseits weltanschaulicher Prämissen und unter Wahrung der je eigenen nationalen Identität – und zwar im Schatten der politischen und organisatorischen Schwäche des Friedenslagers. In der Knesset hat die nationale Ebenbürtigkeit zwischen beiden Völkern keinen Schritt nähergebracht. Eine Linke,

die sich auf David Ben-Gurion beruft, war als ernst zu nehmende politische Kraft schon vor dem Junikrieg 1967 am Ende, und die Knessetwahlen von 2009 bestätigten einmal mehr den seit Jahrzehnten zu beobachtenden Trend nach rechts, der vor „Kadima“ nicht haltmacht. In den palästinensischen Gebieten steht die Friedensszene im Bann der Okkupation.

Abschied vom alten Normensyndrom

Mithin geht es um nicht weniger als um die Überwindung eines Normensyndroms mit ethnischer Grundierung. Vor mehr als einem Jahrzehnt hat Shimon Peres für einen palästinensischen Staat plädiert, um den Staat Israel zu retten. Der Besatzung Einhalt gebieten konnte oder wollte er nicht. Denn dazu hätte es der Verständigung in den zentralen Problemen „Souveränität“ und „Legitimität“ bedurft, deren sich palästinensische und israelische Autoren mit dem 2003 verstorbenen Edward Said sowie mit Meron Benvenisti, Amnon Raz-Krakotzkin und Lev Grinberg an der Spitze angenommen haben. Gemeinsam ist ihnen die Chancenlosigkeit eines „binationalen“ Staates. Jener Friedensprozess, der nach internationaler Ansicht von der temporären Besetzung palästinensischer Territorien ausging, hat sich erledigt.

Ausgerechnet in Jerusalem demonstrieren mittlerweile Israelis und Palästinenser gemeinsam und ohne eine organisatorische Anleitung gegen die jüdischen Neusiedler in den Stadtvierteln Sheikh Jarrach und Silwan. Unter den zentralen Figuren der 200 bis 300 Teilnehmer befinden sich dreißig religiöse Juden, unter ihnen der Sohn des heutigen Präsidenten der Hebräischen Universität und früheren „Kadima“-Abgeordneten Menachem Ben-Sasson, Hillel, der seine Beteiligung als „Arbeit für den Herrn“ bezeichnet, während die dortigen Siedler „den Namen des Herrn eindeutig schänden“ würden. „Jerusalem, du darfst nicht Hebron werden“, heißt es auf mitgebrachten Transparenten¹.

Während manche der genannten Wissenschaftler und Autoren nach dem Scheitern der „klassischen Zweistaatenlösung“ ein Kantonalssystem bevorzugen oder eine Israelisch-Palästinensische Union mit mehreren Provinzen und geteilter Administration im vereinigten Jerusalem vorschlagen, halten andere an der Existenz zweier Staaten fest. Sie würden sich auf demselben Territorium in eine Reihe gemeinsam ausgeübter Funktionen teilen und andere dem jeweiligen Staat überlassen. Da sich Israel seinen tiefen Widersprüche zwischen formaler Demokratie im Innern und kolonialem Militärregime in der Westbank auf Dauer nicht verweigern könne, seien im Längs- und Querschnitt definierte Rechtstitel gefragt, um die ausschließlich territorial verfassten Bezugssysteme durch institutionalisierte Modelle der Zusammenarbeit und der Abgrenzung zu ersetzen.

Damit wäre die staatliche Souveränität stärker mit individuellen und kollektiven Rechten in den autonomen Bereichen von Kultur, Religion und Rechtsprechung verknüpft. Eine zusätzliche Variante würde einem Konzept folgen, bei dem sich Israel als Staat des jüdischen Volkes und aller seiner Bürger sowie Palästina als Staat des palästinensischen Volkes und aller seiner Bürger versteht. Sie würde der arabischen Minderheit in Israel Rechnung tragen und einer jüdischen Minderheit in Palästina die Existenz gewährleisten, wenn sich die Gestaltung des Staatsbürgerrechts und die Kompensation für requiriertes Eigentum klären ließen.

Aus der Sicht der internationalen Diplomatie mag man die vorgetragenen Parameter als die üblichen Glasperlenspiele entrückter Wissenschaftler abtun. Mit einer solchen Geste würden die Außenämter jedoch Gefahr laufen, den auf 1967 fixierten Vorgaben zu folgen, die sich nach Auffassung des Historikers Yehuda Shenhav als Falle erwiesen haben. Die Begrenzung jüdischer Rechte in Palästina, hat Raz-Krakotzkin an die Adresse der „Binationalisten“ mit ihrer Ablehnung des Zionismus kritisch

hinzugefügt, laufe zugleich auf die Anerkennung der nationaljüdischen Gemeinschaft in Israel hinaus.

Von dem ehemaligen französischen Außenminister Hubert Védrine ist die Prognose überliefert, eines Tages würden israelische und palästinensische Verantwortliche sagen „Es gibt keine andere Lösung, als die Koexistenz zu organisieren.“ Doch vielleicht kommt diese Zuversicht schon zu spät, weil die Angst vor „dem anderen“ in psychotischen Zügen verharrt. Zudem geht vom palästinensischen Flüchtlingsproblem eine fortwährende und schwer kalkulierbare Dynamik aus, während von innen der Druck unter den israelischen Staatsbürgern arabischer Volkszugehörigkeit steigt. Deshalb bedarf jeder Aufbruch in neue Perspektiven zuerst des Bemühens um einen grundsätzlichen Gesinnungswandel, der den internationalen Resolutionen und Friedensplänen mit ihrer strengen Rationalität fremd war und geblieben ist.

¹ Nir Hasson: Begehre nicht das Haus deines Freundes, in „Haaretz“-Wochenendbeilage 25.06.2010, S. 24 ff. (Hebr.).